



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eimer, Manfred: Auf dem Weg zum Einheitsstaat

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Auf dem Weg zum Einheitsstaat

Von Dr. Manfred Eimer



ehr viele Deutsche, nicht nur solche innerhalb der Parteigruppen der Rechten, können sich von dem Gedanken nicht loslösen, die Bismarcksche Herrlichkeit müsse wiederkommen, die neue Verfassung enthalte nur Unsehtbares, und besonders das Aufgeben des monarchischen Prinzips sei ein schwerer Schaden für Deutschland. Der Niederbruch Deutschlands in seiner äußeren Geltung, die Zerstörung unserer Kolonial- und Handelsmacht, unsere militärische und wirtschaftliche Ohnmacht sind Komplexe, die jeder Deutsche, jeder Bewunderer Bismarcks aufs tiefste empfinden muß; die Rückkehr zu der durch ihn begründeten Größe unseres Vaterlandes muß ihm als hohes Ziel vor Augen stehen, und er wird sein Bestes tun, um mitzuarbeiten, etwas aufzurichten, was dem uns früher Verschiedenen möglichst nahe kommt.

Ob deshalb aber Deutschland im Innern dem früheren Bismarckschen Deutschland notwendigerweise auch sehr ähnlich sehen muß, ist eine andere Frage.

Wer sich in den Gedanken eingelebt hat, daß Bismarck beim Reichsbau im Innern selbst nicht entfernt das erreicht hatte, was ihm wünschenswert erschien, wer sich daran erinnert, daß das Reich von 1871 ein einziges großes Kompromiß voller Zugeständnisse und Vorbehalte, voller Trennungslinien und Eiferjuchszentren gewesen ist, wer sich klar darüber ist, daß das Reich von 1871 nur eine Zusammenfassung von Gebilden einer älteren Zeit gewesen ist, und daß wir, was unsere nationale Einheit angeht, immer nur im „Reichsgedanken“, also mehr oder weniger in einer bloßen Idee gelebt haben, der muß sich doch sagen, daß es nicht das Ziel des deutschen Volkes sein kann, gerade auf dieser Stufe der Entwicklung stehen zu bleiben. Wer ein anderes Bild von Deutschland schaut, wer es sich ohne all das Trennende, welches ihm in kleinlichster Weise anhaftet, vorzustellen und wer sich an jedem Fortschritt in der einheitlichen Richtung auf richtig zu freuen vermag, dem will das Reich von 1871 heute schon, wo die Verfassung von 1919 uns in diesem Sinne entschieden auf einen neuen Weg geführt hat, recht veraltet vorkommen. So mächtig es in seiner Außenentwicklung in der Erinnerung und vor Augen steht, so fern rückt vor dem vorwärtsschauenden Blick die innere Struktur des Bismarckschen Werkes als etwas in seinem Kern und unendlich vielen Wesensäußerungen geradezu Biedermeiersches.

Das ist wohl ein kühnes Wort. Aber man überlege sich einmal, ob die deutsche Kleinstaaterei nicht tatsächlich etwas ist, was diese Bezeichnung sehr wohl verdient.

Es ist nichts als überkommene Phrase, wenn man auch in bezug auf das politische innere Deutschland von der Bismarckschen Herrlichkeit schwärmt und die früheren Verhältnisse einfach wieder herbeiführen möchte mit dem Schlusseffekt der Rede: „Ein Volk ein Reich!“

Wir stehen — mit allem Bureaufkratismus, aller Bedanterie und aller Schwerfälligkeit — noch heute, auch unter der Demokratie, mitten in diesem politischen Biedermeiertum. Die Demokratie hat den heiligen Bureaufkratismus durchaus nicht abgedankt. Niemand empfindet dies im Zusammenhang mit der sogenannten „deutschen Einigkeit“ oder „Einheit“ mehr als die aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen, deren Verhältnis zum deutschen Vaterlande kurz dahin bezeichnet werden kann, daß kein Land auf Erden solche Geduld, solche Ausdauer, so viel Verzeihen um der Treue willen von seinen Söhnen verlangt, als das Deutsche Reich. Es gehört viel dazu, bei den partikularistischen Hindernissen, auf welche diese auf dem Papier so gern gepriesenen „Pioniere des Deutschtums“ überall stoßen, noch Hochachtung vor diesem veralteten Staatsorganismus empfinden zu können!

Das Gesetz der Freizügigkeit wird durch Landesverordnungen durchkreuzt; Wohnungsämter, Bürgermeister, Ministerien sperren die Türen zu; Lebensmittel-

ämter verweigern den Bezug der Nahrung; Regierungen verweigern die Anstellung der Beamten, auch ihrer eigenen Landesfinder; Beamtenkategorien verwarren sich gegen die Aufnahme der vertriebenen „Brüder“; die Nationalversammlung läßt die Frage, ob sie Landes- oder Reichsbeamte sind — die in achtundvierzig Jahren nicht entschieden werden konnte — offen und macht die materielle Weiterexistenz der Heimat-, Besitz- und Stellenlos gewordenen von der Gnade des Reiches abhängig, ohne ihre wohl erworbenen, öffentlichen Rechte zu verbürgen.

Das alles geschieht mit größtem bürokratischen Ernst, größter juristischer Wichtigkeit, und in dem pedantischen Bewußtsein, vollständig richtig und überaus sachlich zu handeln. Letzteres ist dem Deutschen die Hauptsache, noch im Augenblick des Weltuntergangs und beim Anblick des Ertrinkenden.

Von Nächstenliebe, Dankeschuld und Gewissen aus patriotischem Geiste heraus ist nichts zu spüren. Dieser unpariotische Geist aber kommt aus der Zeit der Einzelstaaterci vor 1871 und ist ins Bismarcksche Reich mitgedrungen schonend übernommen worden. Der Deutsche ist auch heute gerade in Kreisen, wo es als ein Bestandteil der Mannesehre gilt, Patriot zu sein, am wenigsten gewillt, von diesem Geist der Enge und der Abgegrenztheit zu lassen.

Und doch hat eben dieser deutsche Geist, der in der Zeit der völligen Souveränität der deutschen Staaten, im Deutschen Bunde nach 1815, also in der Biedermeierzeit, seine bunten Blüten am sorgfältigsten pflegen lernte, uns schon viel gekostet. Er hat das Elsaß gehindert, deutsch zu werden und er hat die Angliederung Deutsch-Osterreichs vereitelt.

Das liegt an der Struktur, die das Reich als Bundesstaat bekommen hat. Es wäre unrichtig, zu sagen, die Revolution habe das Trennende, welches unserem Bundesstaate eingepflanzt ist, beseitigt. Der einzelstaatliche Partikularismus — im Gegensatz zur Neugestaltung der Dinge, auch der staatsbewußte preußische — ist im Gegenteil deutlicher wahrzunehmen; dafür hatte freilich auch der Krieg schon gesorgt. Und wenn man den Wirrwarr betrachtet, der in den Parteienennungen der Einzelstaaten im Unterschied von denen der Nationalversammlung herrscht, so kann man sich des Eindrucks nicht verwehren, daß die Sucht in den Einzelstaaten sich von allem übrigen im Reich zu trennen, größer ist, als das Interesse, die politische Struktur und damit das politische Verständnis zu vereinfachen.

Das ist aber symptomatisch. Es ist ja nicht das Streben der Einzelregierungen, deutsches Verständnis zu fördern, sondern sie sind bestrebt, ihre Bürger und Wähler möglichst einzugrenzen und deren Blicke möglichst nur auf das eigene Machtzentrum zu lenken. Aus diesen, zunächst nach Karlsruhe, Stuttgart, Dresden gerichteten Patriotismen, bei denen möglichst viel Abscheu vor Berlin eine Hauptbedingung ist, setzt sich kristallartig das „deutsche Bewußtsein“, der „Reichsgedanke“ zusammen.

Die Einheitsfreunde verfolgen zweifellos das Ziel der Staatserhaltung im höchsten nationalen Sinne, ohne Nebeninteressen, ohne Zwecke zweiter oder dritter Ordnung. Sie sind eine unsichtbare und sagungslöse Partei, deren ganzes politisches Glaubensbekenntnis in dem einen Satz erschöpft ist: politische Einheit im Innern und dadurch unzerstörbare Macht nach außen und ungetrübte Einigkeit des deutschen Gesamtbewußtseins zu erstreben.

Dies ist eines großen Volkes würdig, es ist auch nötig.

Das Bismarcksche Reich ist in dieser Hinsicht ein großer Schein gewesen, und aus diesem Schein herauszukommen, das ist — mit oder ohne die revolutionären Vorgänge — unser deutsches Ziel, um in Zukunft unseren Aufgaben als Nation wieder gerecht werden zu können.

Es wird in weiten Kreisen anerkannt, daß die Staatsform dabei eigentlich eine Sorge zweiten Ranges ist, sofern die demokratischen Grundlagen gewahrt werden. Die Einheitsfreunde fügen hinzu: und soweit es sich bei der Monarchie nur um einen Kaiser, nicht mehr aber um die Einzeldynastien handelt.

Zweifellos ist man berechtigt, in diesen Fürsten, in der mit deren Rechten und ihrer Würde verbundenen geschichtlichen Überlieferung und ihrem starken persönlichen Einfluß ein Haupthindernis für die Gestaltung Deutschlands zum Einheitsstaat zu sehen. Ihre Abdankung hat die Bahn für dies große Ziel frei gemacht. Sie war ein notwendiges Opfer an die deutsche Allgemeinheit. Dies gilt aber nicht etwa nur für Württemberg oder Bayern, sondern ebenso gut auch für Preußen.

In Preußen hat man unter der deutschen Einheitsbestrebung immer mehr oder weniger eine preußische Machtfrage gesehen und es den anderen Fürsten leicht schwer verdacht, daß sie auf ihr Dasein nicht verzichten wollten. Aber ein gut Teil der Abneigung weiter preußischer Kreise gegen die neue Verfassung entstammt gewiß eben dem Umstand, daß Preußen sehr bedeutend an Einfluß durch sie verloren hat. Es wird Preußen erst jetzt das Los zuteil, sich in eine ähnliche Rolle finden zu müssen, wie sie die anderen Einzelstaaten seit 1871 Preußen und dem Reich gegenüber stets gespielt haben. Das möge man in Preußen wohl bedenken!

Eine der wichtigsten Änderungen in der Struktur des Reiches ist die Lösung der Reichsgewalt aus ihrer Verquickung mit der preußischen Machtphäre, eine Verbindung, die durch das Kaiser-Königtum gegeben war. Diese war so fest, und durch die Person des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers, die Kommandogewalt des Kaisers und Königs, seine Ernennungsrechte in bezug auf die höchsten Stellen des Reichsdienstes und der Diplomatie — welche in den meisten Fällen zugleich als preußische gelten konnte —, so bedeutsam, daß man in Preußen die Widerstände der übrigen Einzelregierungen nicht begriff und darin etwas Unpatriotisches sah. Preußen empfindet erst heute — soweit es konservativ ist — das, was man andernorts schon immer empfand: eine fremdartige Gewalt über sich — die Reichsgewalt! Die Führung im Reiche liegt nun außerhalb Preußens. Das ist eine überaus wichtige Änderung der Gesamtlage.

Preußen muß jetzt Altruismus beweisen. Es muß selbst zeigen, daß es wirklich von der reinen Idee der deutschen Einheit getragen und erfüllt ist; es muß sich vor derselben ebenso selbstlos und opferwillig beugen lernen, wie es das bisher als Selbstverständlichkeit von den anderen forderte. Nicht überall jedoch bemerkt man die wahre Begeisterung, und nicht überall kann man feststellen, daß der preußische Gedanke hinter den größeren deutschen Zielen zurücktritt. Das sind die Strömungen, welche man im Süden schon längst als einen Teil des Partikularismus kennt, und die in Preußen nur dadurch bisher zurücktraten, weil es sozusagen der regierende Staat war.

Die unnachgiebigen Kreise Preußens sind dieselben, die nicht verstanden, daß ganz Deutschland nach der Wahlreform in Preußen rief und die nie begreifen werden, daß die Revolution durch die Verzögerung dieser Reform stark gefördert wurde, ebenso daß dadurch die Beliebtheit Preußens stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Es sind die gleichen Kreise, die noch immer glauben, Preußens Führerrolle in Deutschland sei nicht erschüttert, und Preußen selbst sei es ebenfalls nicht. Das sind diejenigen, die mit stolzer Entschiedenheit an Preußens Glanz und Größe auch in Zukunft glauben und daher von der Einheitsbewegung im Reich als einer revolutionären und den Bestand Preußens bedrohenden Gefahr ebenso wenig wissen wollen, wie Bayern oder Baden in ihrem eigenen Staatsinteresse.

In den außerpreußischen deutschen Ländern aber vermutet und sieht man die Gefahren weniger beim Reich als in Preußen. Die Verquickung des Kaiser- und Königtums hat den Reichsgedanken durchaus nicht gefördert. Diese Gestaltung hielt nicht, was sie versprach. Die Tatsache, daß der Kaiser z. B. der Oberbefehlshaber der Flotte und des preußischen Heeres war, zu dem fast alle Kontingente der deutschen Armee gehörten, genügte, dieser Machtkompetenz gegenüber Unlust und Befürchtungen zu erwecken. Die Ernennungsrechte des Kaisers in bezug auf die Reichsminister, kommandierenden Generale, Admirale, Bot-

schafter usw. brachten viele Momente der Verstimmung auf und hielten fortgesetzt ein Mißtrauen wach, ob auch die nicht preußischen Landeskinde und vor allem die Interessen der Einzelstaaten genügend dabei berücksichtigt würden. Der geringe Einfluß des Bundesrats auf die oft sehr persönlich geführte auswärtige Politik erregte ebenfalls die Eifersucht, und erweckte Reichsverdrossenheit, wenn keine Erfolge zu verzeichnen waren, oder Dinge geschahen, die besser unterblieben wären. Man empfand und empfindet vieles als preußischen Egoismus, weil es von Berlin aus geht. Die Verbindung der preußischen und der Reichshauptstadt zusamt der gefürchteten Aufsaugung aller Zentralen durch Berlin machte diese Stadt und ihren Namen immer unbeliebter.

Der Süden ist sich in übertriebener Weise einer älteren Kultur bewußt als sie das Land an der Spree aufzuzeigen hat, und so ist der Süden um so eifersüchtiger auf den Emporkömmling. An das größere Preußen mit seinen westlichen Kulturprovinzen hat man sich nie gewöhnt. Unter Preußen versteht man noch heute im Süden eigentlich nur Berlin und Umgegend. Das westelbische Land rechnet man kaum dazu. Das Bewußtsein, daß dies meist erst vor Jahrzehnten erobertes Land ist, wurde im Süden nie erstickt. Die gewaltigen Leistungen Preußens für Deutschland werden nur akademisch und bei besonderen Gelegenheiten anerkannt; die preußische Art und die für geringer gehaltene Intelligenz aller Norddeutschen werden in scharfen Gegensatz zu dem für gehaltvoller angesehenen Süden gebracht. In all diesem aber steckt etwas von Angst und Beklemmung, insbesondere auch deshalb, weil man sich nicht verschweigen kann, daß Preußens Vorhand in Deutschland doch mehr und mehr durchdrang. Das nennt man voll Gift und Galle „preußischen Annexionismus“.

Das Unbehagen gegen Preußen war nach 1871 zunächst durch Idealismus für das Reich gemildert. Je mehr man aber das Reich mit Preußen identifizierte (oder umgekehrt), desto mehr begann das Unbehagen in Abneigung und Auflehnung umzuschlagen. Es geschah und geschieht auch freilich so gut wie nichts, um zu zeigen, wie Preußen als entgliedernder Einheitsstaat eigentlich vorbildlich gewesen ist, wie großzügig seine Verwaltung und wie verständnisvoll die Behandlung der verschiedenen Landesteile und ihrer Bevölkerungen nach Eigenart und Kulturbedingungen — trotz aller gegenteiligen Behauptungen — gewesen ist. Man wirft Preußen Verständnislosigkeit gegenüber anderen Stämmen und den von ihm eroberten westlichen Landesteilen vor, begreift aber selber Preußen in seiner Vielgestaltigkeit nicht und sieht selber diesem nur höchst mangelhaft überblickten Staatswesen, diesem bedrohlichen „Koloß“, überaus verständnislos gegenüber.

Man wird es in Preußen nie begreifen, wie groß die Mißgunst ihm gegenüber ist, weil es im Lauf der Geschichte — groß geworden ist. Dies wird ihm in Süddeutschland geradezu als ein Unrecht verdacht, und deshalb wäre man vielfach sehr dafür gewesen, daß der Preußische Entwurf der „Autonomisierung“ Preußens durchgegangen wäre. Daß Preußen sich dagegen gewehrt hat, solange die anderen Einzelländer ihren Bestand und ihren Staatscharakter wahrten, wird ihm auch von ganz ernst denkenden Süddeutschen ganz einfach übel genommen. Man bedenkt dabei nicht, daß die süddeutschen Regierungen sich noch viel grundsätzlicher gegen die Auflösung der Staatshoheiten im Reich aufgelehnt haben!

Die geschichtliche Entwicklung Preußens ist in dem Denken dieser Leute nur Annexionismus, und trotz aller tatsächlichen Rücksichten, die das große Preußen seit 1866 auf die anderen genommen hat, sieht man auch in den Plänen, welche eine allgemeine Einteilung Deutschlands in Selbständigkeitsbezirke, in Reichs- oder Kulturprovinzen, befürworten, oft nur ein Aufgehen der Länder in Preußen oder ein Herabsinken derselben zu dessen Annex. Man macht nicht den kleinen logischen Schritt, sich zu sagen, daß, wenn Rheinland, Niedersachsen, Großhessen, Thüringen, Bayern, Schwaben Reichsprovinzen geworden sind, Preußen als Koloß aufgehört hat zu bestehen, also auch sein partikularistischer Annexionismus nicht weiter besteht, und daß es dann auch kein Großpreußen mehr gibt, welches „reichen und eigenartigen Kulturbesitz“ bedroht, von dem man im Süden an-

nimmt, daß man ihn allein sein eigen nenne und daß überall, wo Preußen hinkomme, solcher Besitz unrettbar verloren sei. Also vorläufig ist es ein Elend mit diesem Preußen und seiner Übermacht, trotz aller seiner Zurückhaltung, die es tatsächlich in hoch anerkennender Weise bewiesen hat.

Daß ein so viel größeres Staatswesen gewisse Strömungen ausstrahlt, ist ja im übrigen eine psychische Notwendigkeit. Daß man dies nicht begreifen will, daß man in allem, was es ausstrahlt, nur etwas übles sieht und es nun abschlagen will, als habe es überhaupt für Deutschland nichts geleistet, ist von solchen, die so viel weniger geleistet haben, ein äußerst bedenkliches Unterfangen. Es ist eine traurige Tatsache und eine sehr anfechtenswerte Nachwirkung der Revolution und der Niederlage des Militarismus auch im demokratischen Lager Süddeutschlands, daß man völlig überieht, daß Preußen gezeigt hat, daß deutsche Stämme „von der Memel an den Rhein“ zu vereinigen sind, ohne politische Zwischengrenzen, und daß es damit den Weg gewiesen hat, der überall, wo die deutsche Zunge klingt, beschritten werden muß. Sonst hat kein anderer deutscher Staat, Bayern in kleinerem Maßstabe ausgenommen (und nicht aus den gleichen Ursachen heraus), diese schwierige Tat vollbracht, von der in Liedern und Festreden so viel Wesens gemacht wurde, nach dem Rezept: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern!

Es gilt hier einen förmlichen Ringkampf gegen Eigentum, Vorurteile, Kleinlichkeit und Selbstüberschätzung, besonders im Süden. Überdies gegen den eben skizzierten Alpdruck der Preußenangst, der fast eine Krankheitserscheinung genannt werden kann; eine fixe Idee, die nicht nur im Speichbürgerherzen, sondern auch in Redaktionsstuben, an Regierungstischen und in Landtagsgebäuden sehr mächtig und wirksam ist.

So hat aber auch der mit Preußen bisher so eng verbundene Reichsgedanke immer mehr an Zauber verloren, und was von Reichs wegen geschieht, ist immer mehr als „preußisch“ angesehen und entsprechend gewertet worden.

Die überragende Größe Preußens fällt dabei gar nicht ins Gewicht. Davon gibt man sich keine Rechenschaft. Man ist in Bayern, aber auch in Baden und Sachsen usw. eifersüchtig auf die volle, durch die Reichsverfassung festgelegte Gleichberechtigung und erkennt die weise Mäßigung Preußens kaum an, welches, z. B. in Hinsicht auf die Bundesratsstimmen, bis in die neueste Zeit von ungemainer Selbstentfugung und Großmut gewesen ist.

Die Gleichberechtigung der Mittelstaaten mit Preußen war eine Notwendigkeit, um das Werk von 1871 zustande zu bringen, aber sie war ein schiefes Fundament. Sie erzeugte bei den Kleineren einen unberechtigten Größenwahn und führte zu völliger Verkennung und Außerachtlassung der europäischen, selbstständigen Bedeutung des preußischen Staates. Man bedenkt nicht, daß dieser Staat Machtrechte besitzt, welche den anderen aus natürlichen Gründen nicht zukommen und daß eine offenkundige Anfeindung Preußens Dienst für unsere Feinde ist. Dennoch ist man stets dabei, Preußen auf die Finger zu sehen und es womöglich meistern zu wollen.

Diese Erscheinung ist durch die gegen Preußen — aber auch gegen die Reichsgewalt — Front machende süddeutsche Ministerkoalition im Jahre 1919 ganz besonders deutlich geworden.

Denn der Zusammenbruch hat alle diese Instinkte noch verstärkt. Süddeutschland liegt zosuzagen auf der Lauer, Preußen aufzulösen; anstatt sein Augenmerk auf die große Verfassungsänderung zu richten, auf die Trennung der Reichsregierung von Preußen, welche doch eigentlich außerhalb Preußens überall besprochen werden sollte, da sie eine Erlösung darstellt!

Man kann sich nicht froh zu der Erkenntnis ausschwingen, daß der Bann gebrochen, Preußen erheblich beiseite geschoben worden ist, weil man immer noch im Reich die gefürchtete Vorhand Preußens und in Berlin den Herd der Zentralisation sieht, durch welche den anderen Staaten ihre Rechte verkürzt werden, so daß ihnen nur „Brotsamen“ zukommen, während Preußen alles für sich ausnützt und nach seinem Wohlergehen bestimmt.

Auch hier fehlt es wieder an der nötigen und willigen Aufklärung. Auch das ist eine Folge der Eifersucht der Einzelstaaten. —

Aber zu unserem Heil zeigt es sich heute immer deutlicher, daß das Reich, wie es durch die neue Verfassung errichtet worden ist, etwas zu werden sich anschickt, welches von dem, was es bisher war, sehr verschieden sein wird.

Diese von Preußen losgelöste Reichsgewalt verfährt mit den Einzelländern ganz anders, als Preußen es jemals riskiert hätte. Sie nimmt den Ländern eine Gewalt um die andere. Das große Preußen selbst läßt sich das ruhig gefallen. Die kleineren schweigen oder wehren sich und zappeln. Aber sie geben nach. Wer ist der große Meister, der ihnen das abringt? „Not bricht Eisen.“ Es ist die schreckliche Not unseres Vaterlandes. So mußte es kommen! Der Eigensinn des Partikularismus, der Sondertrog, der Größenwahn konnte nur so — und ohne die Dynastien! — dazu gebracht werden, die für die Einheit nötigen Opfer zu bringen.

Ein starker Zug nach innerer Einheit ist durch die Revolution ausgelöst worden. Die Grenzen der Staaten begannen im Lichte wirtschaftlicher Interessen und Erfordernisse zu verblassen. Man begann von dem Verschwinden und der Zusammenlegung bisher unantastbarer Gebiete und Staaten zu sprechen und dies teilweise in die Tat umzusetzen. Große Aufgaben, die bisher am partikularistischen Eigensinn oder an finanziellen Sondervorteilen gescheitert waren, wurden plötzlich in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und auch die hartnäckigsten Gegenströmungen auf dieser Linie überwunden.

Reichspost — auch für Bayern —; Reichsverkehrsministerium und damit die Reichseisenbahngemeinschaft; Reichswehr — auch in Bayern — und damit Aufhören der einzelnen Kriegsministerien; Reichsministerien verschiedenster Art; endlich die Reichssteuergemeinschaft, — das sind die positiven Errungenschaften der Revolution für das deutsche Volk; noch andere, z. B. die Reichsschulgemeinschaft, werden folgen. Wir wissen noch nicht alles, was geplant wird. —

Die Einzelländer werden immer mehr Rechte an das Reich abgeben, Preußen aber immer mehr Rechte an seine Provinzen. So begegnen sich beide Wege und münden in die Reichseinheit.

Wir werden ein Reich haben, das aus Provinzen besteht, die den heute vorhandenen Ländern in vielem gleich sein werden, in die aber auch viele der heute noch bestehenden Länder aufgehen werden.

Von einer Zentralisation nach französischem Muster ist dabei nicht die Rede. Unser Vorbild ist nicht Frankreich, sondern Italien, in seinen kulturellen Verschiedenheiten, mit seinen durch die Unitarisierung nicht geschädigten, sondern vielfach sogar mächtig gehobenen alten Kulturzentren.

Der Deutsche bewahrt seine kulturelle Eigenart nicht dadurch, daß er vom Nachbarn wie durch eine chinesische Mauer getrennt ist — man könnte das z. B. von Württemberg und Bayern stark sagen; oder durch Staatshoheitszeichen, durch Sonderrechte und so fort; sondern dadurch, daß er solche Eigenart wirklich hat!

Die Provinzen, in welche die bisher für unumgänglich nötig gehaltenen Einzelstaaten übergehen werden, könnte man sehr wohl Kulturprovinzen nennen; denn die neue um vieles einfachere Struktur des Reichs wird durch die Stammesart, das gemeinsame im einzelnen bedingt sein: Einzelsürsten werden darin keinen Platz mehr haben. Auch ein König von Preußen nicht. Sogar die Deutsche Volkspartei, die monarchisch ist, hat dies für gut befunden. — Natürlich will dies einem alten Preußen nicht in den Sinn. Er muß eigentlich in dem neuen Reich einen bösen Feind sehen. Er wird sich mit allen Mitteln gegen das völlige und tatsächliche Aufgehen Preußens im Reiche wehren; er hatte sich das viel eher und lieber als ein Verschwinden der anderen in Preußen vorgestellt!

Aber die Verhältnisse sind mächtiger geworden als der Partikularismus und die Einzelstaatsidee.

Die Großzügigkeit der preußischen Minister, die es mit der Neuordnung so leicht zu nehmen scheinen, wenn sie vom kommenden Einheitsstaat sprechen,

hat wohl tiefere Gründe: Preußen ist schwer getroffen. Nicht nur durch Abtretungen von Land, sondern auch in seiner Staatsidee. Diese ist vielfach bedroht und angegriffen, und Widerstände gegen die Autonomiebestrebungen gefährden nicht nur Preußen, sondern sie könnten sogar zum Verlust höchst wichtiger Gebiete für das Reich führen. Der Zusammenhalt dagegen wird gewährleistet durch die Auflösung. Mit diesem Paradoxon ist die neue Epoche der Reichsentwicklung gekennzeichnet. Wer den deutschen Gedanken wirklich umfaßt, muß das Alte hingeben und mitarbeiten am Neuen. Daß das vielen Preußen als unmöglich erscheint, kann man verstehen. Aber das ändert nichts.

Auch den anderen Ländern kommt es, auf sie selbst bezogen, nicht minder unmöglich vor. Sie gehen daher nicht voran, aber sie fügen sich. Eigentlich, so empfindet man, ist durch die Steuergemeinschaft die Staatsherrschaft dahin. Das Wertwürdige ist aber die Resignation, mit der es hingenommen wird. Sie steht eigentlich in gar keinem Verhältnis zu den Kämpfen, die noch vor Jahresfrist um geringe Rechte, z. B. die bayerischen Briefmarken, ausgefochten wurden. Die chinesischen Mauern stürzen zusammen; man blickt durch die Breschen und über die Trümmer und erkennt — Neuland, wo man ernten und pflücken kann.

Das ist natürlich wesentlich; man will nicht nur „Brosamen von des Reiches Tisch“ haben, sondern Brot. Aber sehr rasch scheint man, z. B. im Süden, zu begreifen, daß das Reich kein Moloch ist, der nur verschlingt, sondern daß Germania ein Füllhorn trägt, aus dem sie gibt.

Man beginnt die Vorteile zu erkennen. Erzbergers Mittel, die Beförderung tüchtiger mittlerer Finanzbeamten zu höheren, war ein Meisterzug. Daß man im Reichsministerium sehr wohl weiß, wo Empfindlichkeiten zu dämpfen sind, hat die Berufung eines Württembergers zum Unterstaatssekretär im Reichsverkehrsministerium bewiesen. Nicht weniger eindrucksvoll ist die Ernennung des württembergischen Obersten Reinhardt, des preußischen Kriegsministers, zum Leiter des Reichsheeres. Ein ganzer Stab schwäbischer Landsleute folgte ihm.

Und das Reich zählt gut!

Man hat sich einst gegen die sogenannte Siebenhäuser Konvention zwischen Preußen und Württemberg in Schwaben schwer erregt. Diese Übereinkunft bestimmte einen Austausch der Offiziere beider Armeekorps. Bald sah man ein, daß württembergische Offiziere viel bedeutsamere Kommandos erhielten, als das im engen Rahmen des dreizehnten Korps wegen der beschränkten Zahl besserer Stellen möglich war. So wird es auch mit dem Aufgehen der Sonderverwaltungen ins Reich kommen.

Der Mangel des Austausches der Beamten innerhalb des Reichsgebietes ist ein großer Fehler der Reichsstruktur als Bundesstaat gewesen. Dieser Bundesstaat ist gerade besonders in dieser Hinsicht, wie schon gesagt, ein Trennungstaat. Er hat die Einbildung durchaus aufrecht erhalten, außerhalb der Landesgrenzen sei nicht zu leben. In Bayern haben kurz vor der Einrichtung des Reichsverkehrsministeriums (am 1. Oktober 1919) die Verkehrsbeamten aufs heftigste gegen die Neuerung und gegen Versezung „ins Reich“ Einspruch erhoben. Auch sie werden bald anders denken.

Diese Abneigung, jenseits der engeren Grenzpfähle leben zu sollen, ist das traurigste Zeichen dafür, wie es um den Geist der Einheit und Brüderlichkeit im Reich bisher in Wirklichkeit bestellt gewesen ist, wie wenig der Zauber und der Idealismus von 1871 praktisch weiter gewirkt haben. Im Grunde ist vieles von dem Gerede von deutscher Eingigkeit Selbsttäuschung, ja, ein großer Schwindel gewesen, der sich im Weltkrieg auch, je länger er dauerte, um so deutlicher fühlbar gemacht und gerächt hat.

Aber auch die Vorstellung, nur im Heimatstaate leben und glücklich sein zu können, dieser von den freien Berufen längst überwundenen Niedermeieralp, ist tatsächlich in den Einzelstaaten schon als eine ganz irrite Empfindung nachzuweisen.

Wenn man den Landtag und das Ministerium in Württemberg betrachtet, so ist man erstaunt, welche landsmännischen Verhältnisse in diesem, alles Fremde und besonders alles „Norddeutsche“ so gern ablehnenden Lande in Wirklichkeit in den Sphären der Regierung herrschen. Weit davon entfernt, daß lauter Schwaben die maßgebenden Posten inne hätten! Der erste Staatspräsident, Blos, ist ein Badener; der Minister des Innern, Lindemann, ein Norddeutscher von Abkunft; der Minister des Unterrichts, Seymann, stammt aus Posen; der Präsident des Landtags, Keil, aus dem Regierungsbezirk Cassel; eine ganze Reihe von Abgeordneten — allerdings meist Sozialdemokraten — sind Bayern, Badener, Sachsen.

Es geht also ganz gut; viel besser als man denkt! Wir stecken aber noch tief in Vorurteilen. Die Einheitsfreunde waren immer der Ansicht, daß es nur Vorurteile sind; und sie behalten Recht.

Es dämmert sehr stark in den Einzelstaaten. Das Reich als Zentrale, — dieser gefürchtete Popanz — verheißt Vorteile und Fortkommen; es gewährleistet, daß alle Teilbetriebe und Teilgebiete gleichmäßig behandelt und bedacht werden. Das ist eine Überraschung, eine endlich gemachte Entdeckung, der man sich nicht entziehen kann und nicht entziehen wird. Das Wort: Freie Bahn dem Tüchtigen, welches in der Revolution so selten in Erfüllung ging und so tiefe Enttäuschungen bereitet hat, wird auf dieser Linie in Erfüllung gehen! Das Mißtrauen weicht dem Vertrauen. Und das fehlte bisher; darauf kommt es an!

Das Reich, welches nicht nur fördert, entzieht, raubt, auffriszt, wie das bismarcksche Reich, es in der Vorstellung der Partikularisten und Preußenfeinde tat, sondern welches allen gibt, fordert, bessert, schützt und hilft, das ist etwas, dem man gleich ganz anders gegenübersteht; da ist die Einsicht nicht so schwer, als da, wo das Reich durch Preußen bestimmt erschien.

Gerade deshalb kann man zweifellos in Preußen selbst den Unterschied nicht so deutlich empfinden. Man kann dort auch nicht erfassen, welche große, segensreiche, ideelle und praktische Bedeutung für das Deutsche Reich, seine Erstarfung und seine nationale Entwicklung die Niederlegung der partikularen Dämme und das Erwachen tieferen vaterländischen Vertrauens zum Reich in den anderen Ländern hat. Da Preußen selten im Gegensatz zum Reich stand und der Preuße sein Land und das Reich so ziemlich gleichstellte, fällt es ihm schwer, umzudenken; auch muß er es gerade in der umgekehrten Richtung tun, wie alle die andern.

Aber sowohl diese wie der Preuße bringen Opfer. Sie bringen sie dem gemeinsamen Vaterlande.

Die Einheitsfreunde haben trotz allen Glends und Sammers ihre großen Tage erlebt, und da der Stein im Rollen ist, sehen sie getrost in die Zukunft. Sie schauen in weite Fernen; und sehen ein einiges Deutschland, frei von eng-herzigen, unübersteiglichen Innengrenzen, frei von den Schlacken der gegenseitigen, verderblichen und häßlichen Anfeindung und Behinderung; ein einzig Volk von Brüdern wo keiner mehr heimatlos sein wird; ein Deutschland, wie es noch nie bestand!

